

## **Beschluss des Landrates vom 14.06.2018**

Nr. 2128

### **25. Euroairport - Eigentümerstrategie: Verantwortung übernehmen - Mitspracherecht erhöhen**

2018/458; Protokoll: ls, ak

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat die Motion ablehne. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Andreas Bammatter** (SP) richtet sein Votum an die Landratspräsidentin, den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, Standortförderer Thomas Kübler, Alt-BAZL-Direktor Thomas Kohn. Er ist nicht gegen den Flughafen. Der Flughafen gehört zur ganzen Region. Darum wurden vom Landrat mehrere Denkanstösse überwiesen, die dies verdeutlichen. Basel-Landschaft profitiert vom Flughafen touristisch und wirtschaftlich. Der Kanton Basel-Landschaft nimmt derzeit aber leider nur zu wenig die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wahr. Es geht nicht um Verbote, sondern um Rücksichtnahme der betroffenen Menschen aus der Region. Über 20'000 Personen sind dem Strassenlärm ausgeliefert trotz bestehenden Gesetzen. Vom Fluglärm in den Randstunden sind über 10'000 Personen der Region betroffen. Dies haben die Anrainerverbände gemeinsam deutlich gemacht. Nur gesunde Menschen sind auch wirtschaftlich leistungsfähig. In der BZ (vom 14. Juni 2018) hat der Bundesrat Stellung genommen zu den Südanflügen:

«Flughafen Basel Mülhausen: Keine Änderung bei Südanflügen. Aufgrund der zahlreichen Südanflüge im Jahre 2017 haben die zuständigen Behörden überprüft, ob Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Nutzung dieses Anflugverfahrens zu verringern. Die Untersuchungen haben indessen gezeigt, dass die hohe Zahl an Südanflügen auf die aussergewöhnlichen Witterungsbedingungen im April 2017 zurückzuführen sind. Die Wahl der anzufliegenden Piste erfolge stets im Einklang mit den geltenden Vorschriften. Angesichts der besonderen meteorologischen Umstände im vergangenen Jahr werden keine Massnahmen ergriffen.»

Kurz: Das Wetter hat Schuld, es muss nichts unternommen werden. Zur Motion: Wer bezahlt, befiehlt. Dieses Credo führen die bürgerlichen immer an bei regionalen, bikantonalen oder trinationalen Angelegenheiten. Wenn der Kanton mitbestimmen und nicht nur beisitzen will und die Bevölkerung ernst nimmt, muss der Kanton sich allenfalls finanziell beteiligen. Die Fraktion hat den Vorstoss kontrovers debattiert. Die Motion wird daher in ein Postulat umgewandelt. Die Region muss einbezogen werden.

**Hansruedi Wirz** (SVP) erläutert, die SVP-Fraktion sehe die Sache anders und folgt der Argumentation des Regierungsrates. Mit einer Beteiligung könnte der Interessenkonflikt nicht gelöst werden. Daher wird der Vorstoss nicht überwiesen.

**Rolf Blatter** (FDP) informiert, dass die FDP-Fraktion grundsätzlich Verständnis habe für das Anliegen. Dieser Ansatz funktioniert aber nicht zur Lösung des Problems. Der Verwaltungsrat des Flughafens ist relativ vernünftig austariert. Es sind acht französische und acht schweizerische Mitglieder. Zwei werden vom Kanton Basel-Landschaft, zwei vom Kanton Basel-Stadt entsendet. Die Stimmen im Verwaltungsrat würden aufgrund einer Beteiligung nicht gewichtiger. Daher lehnt die FDP-Fraktion den Vorstoss ab.

**Markus Dudler** (CVP) schliesst sich den Voten der SVP und FDP an; auch die CVP/BBDP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab. Was für ein Interesse hat der Kanton am Flughafen – diese Frage ist kantonsintern nicht geklärt.

**Rahel Bänziger** (Grüne) erläutert, die EVP/Grüne-Fraktion sei aufgeschreckt worden durch die Aussage von Regierungsrat Weber, wonach kein Verwaltungsrat sehenden Auges ein Unternehmen gegen die Wand fahre. Dies sagte er bezugnehmend auf die Gewichtung der Wirtschaftlichkeit des Flughafens gegenüber dem Wohl der Bevölkerung. Ein Verwaltungsrat muss darauf achten, dass ein Unternehmen die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht verliert. Diesbezüglich spielt der Euroairport mit dem Feuer.

Das Postulat fordert eine Erhöhung des Mitspracherechts durch eine Beteiligung am Euroairport. Eine Mehrheit der Fraktion bezweifelt, dass dies der richtige Weg und überhaupt möglich ist. Der Kanton würde noch immer eine Aktienminderheit besitzen. Diese Minderheit wäre in einem unklaren Rechtssystem. Daher sieht die Fraktion keinen Mehrwert oder grösseren Hebel in einer finanziellen Beteiligung am Euroairport.

Im Gegenteil nehmen für den Kanton schon heute der Wirtschaftsförderer des Kantons und ein ehemaliger Leiter des BAZL Einsitz im Verwaltungsrat. ES wird erwartet, dass diese irgendwann die Anliegen der Bevölkerung des Kantons vertreten. Wenn das Baselbiet noch mehr Anteile am Euroairport hätte, würde sich die Situation verschärfen. Dann müssten die Vertreter im Verwaltungsrat um eine grössere Rendite des Flughafens für den Kanton besorgt sein. Wo dann die lärmgeplagte Bevölkerung bliebe, ist selbstredend.

**Jürg Vogt** (FDP) möchte die Debatte zum Euroairport nicht künstlich verlängern. Es ist ein regionales Problem. Seitdem es den Flughafen gibt, hat der Regierungsrat die Haltung, dass er keinen Einfluss habe. Auch mit diesem Vorstoss besteht die Möglichkeit, dass der Kanton etwas bewirken kann. Es ist nicht gesagt, wie hoch die Beteiligung ausfällt. Es soll darüber diskutiert werden, darum unterstützt er den Vorstoss.

**Daniel Altermatt** (glp) sagt, wenn der Kanton bestimmen wolle, was beim Euroairport passiert, müsse er ihn vollständig übernehmen. Zudem müsste er ihn eingemeinden. Das Postulat wird nicht unterstützt, es ist nicht mehr, als ein hoch gehaltenes Fähnlein.

**Pascale Uccella** (SVP) erläutert, sie werde das Postulat unterstützen. Für die Allschwiler Bevölkerung ist jede Gelegenheit, Einfluss auf den Flughafen zu nehmen, wichtig.

**Werner Hotz** (EVP) geht davon aus, dass wirtschaftlicher Erfolg mit Lärmschutz vereinbar sei. Der Vorstoss sagt: Wer zahlt, befiehlt. Als Anwohner möchte er mitzahlen und mitbefehlen. An Rolf Blatter gerichtet: Derzeit hat Basel-Stadt vier, Basel-Landschaft zwei Vertreter, nicht jeweils zwei. Dieser Vorstoss soll dem Regierungsrat mithelfen, die Forderung nach drei Sitzen für jeden Kanton durchzusetzen.

**Marc Schinzel** (FDP) schliesst an Rahel Bänziger an: Das vorgeschlagene Instrument ist das Falsche. Eine Minderheitenbeteiligung bei Lindt & Sprüngli gäbe keine Garantie, dass die von ihm gewünschte Schokolade produziert würde. Das Geld für den Einkauf des Kantons könnte vom Flughafen für den Neubau einer Piste verwendet werden. Damit wird das Anliegen des Postulanten nicht umgesetzt. Der Einfluss im Verwaltungsrat soll ausgebaut werden bzw. der Kanton mehr seine Anliegen einbringen. Beim Verwaltungsrat der Universität wollte die Ratslinke nicht, dass der Kanton Einfluss nimmt auf die Delegierten. Dies ist widersprüchlich.

**Linard Candreia** (SP) stellt fest, dass in wiederkehrendem Rhythmus von allen Seiten über die Problematik Euroairport diskutiert werde. Denkanstösse sind per se positiv und müssen vom Regierungsrat und dem Landrat ernstgenommen werden. In dieser heiklen Frage ist nie genug gemacht. Der Regierungsrat soll diese Denkanstösse aufnehmen und etwas unternehmen. Kleine

Druckmittel können in der Summe grosse Effekte erzielen. Wenn die Entwicklung so weiter geht, gibt es ein grosses Problem für den Kanton.

**Stefan Zemp** (SP) vertritt eine Minderheitsposition: Es nutzt dem Kanton nichts, wenn er ein Stück der Piste kauft. Auch ein zusätzlicher Verwaltungsrat hilft nichts. So lange «zu Macrons Ehren» acht Verwaltungsräte kommen, können sechs Vertreter der Region Basel nichts bewirken; da nützt es auch nichts, ein Stück Flughafen zu kaufen.

**Rolf Blatter** (FDP) sagt, es seien acht Personen delegiert von Schweizer Seite; davon haben deren vier den Hut des Staatswesens der Region Basel auf: zwei aus Basel-Stadt, zwei aus Basel-Landschaft. Ein Sitz mehr kann mit einem Einkauf nicht erkaufte werden.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** (SVP) weist darauf hin, dass der Kanton nicht über das Kapital verfügt für eine Beteiligung. Schon für die Messe Schweiz wurden CHF 50 Mio. ausgegeben – mit dem Resultat, dass es die «Muba» bald nicht mehr gibt; die Beteiligung hat also nichts gebracht, und Mitsprache gibt es nicht. Um welchen Betrag geht es überhaupt? Um 50 oder 100 Millionen? Der Betrag ist gar nicht definiert. Der Vorstoss ist schlicht abstrus.

**Andreas Bammatter** (SP) versucht nochmals, seine Gedanken verständlich zu formulieren. Es geht darum, den Einfluss, den der Kanton haben möchte als Teil der Region um den Flughafen, sichtbar zu machen. Egal, mit wieviel Geld: Es geht um das Signal, Mitverantwortung für die Risiken des Flughafens zu übernehmen. Bevor eine neue Piste gebaut wird, wird das Volk nochmals gefragt. Aber der Kanton soll selbstbewusst bekennen, dass er zu den Flughafen-*Besitzern* gehört. Als reiner *Beisitzer* – selbst wenn er den Vizepräsidenten stellt – weckt er kein Interesse beim EuroAirport. Mit dem Flughafen lebt der Kanton in einer materiellen Welt. Es sollte deshalb geprüft und berichtet werden. Es soll nicht im Vornherein gesagt werden: «Stürmet nit immer». Viele Bewohner sind von den Nachtflugzeiten betroffen; für sie soll man sich einsetzen. Welcher Betrag passend wäre, soll der Regierungsrat vorschlagen.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) holt aus über das Thema «Public Corporate Governance». Indem er Verwaltungsräte stellt, nimmt der Kanton Steuerungswirkung wahr. Der Regierungsrat hat viel Verständnis für die Einwohner in der Flugroute. Bislang wurde vor allem dem Fluglärm zugehört statt einander gegenseitig. Dies zu ändern, wird Gegenstand der Eigentümerstrategie sein: Sowohl wirtschaftliche als auch Bevölkerungs-Interessen müssen ausgewogen berücksichtigt werden. Es ist an der neuen Führung des Flughafens und vor allem dem vom Kanton mandantierten Verwaltungsräten, dafür zu sorgen. Ohne Berücksichtigung der Bevölkerungs-Interessen hat der Flughafen keine langfristige Zukunft. Weder sind Landsgemeinden gefragt noch geht es um eine reine Gewinnmaximierung gegen die Interessen der Bevölkerung; dies wäre nicht nachhaltig. Gespräche mit kompetenten Fluglärmgegnern zeigen, dass sie explizit nicht gegen den Flughafen sind, sondern dass sie den Lärmschutz verbessern wollen. Entsprechendes Potenzial ist im Verwaltungsrat und in der Direktion bekannt und auch verstärkt in Basel-Stadt. Der Prozess wird andauern; jeder Flughafen der westlichen Welt hat ein Lärmproblem. Die Gesamtinteressen der Region und der Bevölkerung, nicht nur des Wirtschaftsstandorts zählen. Es ist ein klassisches Optimierungsproblem und kein Maximierung- bzw. Minimierungsfall. Insofern bittet der Regierungsrat um Ablehnung des Vorstosses: Die richtige Flughöhe für das Parlament ist die Diskussion über die Eigentümerstrategie.

://: Der Vorstoss wird, auch nach der Umwandlung in ein Postulat, mit 53:20 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

